

Kommentar zur Konjunktur: Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr

WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Frühjahrsprognose 2025 im Wortlaut

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Freitag, den 27. März 2025 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2025 und 2026 im Rahmen einer Pressekonferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen!

Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr: Strukturreformen, jetzt!

Heuer fällt das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich um 0,3%. Somit wird 2025 das dritte Rezessionsjahr in Folge. Schon 2023 ist die österreichische Wirtschaft um 1% geschrumpft. 2024 ist sie um 1,2% geschrumpft.

Noch nie in der Nachkriegsgeschichte ist unsere Volkswirtschaft so lange geschrumpft. Das BIP wird 2025 um 2½% niedriger sein als 2022; pro Kopf gerechnet sogar um 4%. Die Wirtschaftsleistung ist um rund 1.700 € je Einwohner:in gefallen. **Nirgendwo sonst in der EU oder in der OECD ist die Wirtschaftsleistung stärker rückläufig als in Österreich.** Selbst wenn 2026 das Wachstum zurückkehrt, wird es schwach bleiben.

Österreich steckt also in der Wirtschaftskrise. Mittlerweile ist klar: Die Krise ist zu einem großen Teil strukturell (und nicht bloß zyklischer) Natur. Sie ist weitgehend hausgemacht (und nicht bloß importiert). Und sie geht nicht von selbst weg. Die neue Bundesregierung muss mutige Strukturreformen auf den Weg bringen, um den Abstieg zu stoppen. Wenn nicht entschlossen gehandelt wird, blicken wir 2029 auf ein ganzes Jahrzehnt ohne Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens zurück, auf eine "lost decade", wie es in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur heißt.

Österreich ähnelt aktuell einem Potemkin'schen Dorf. Die Wirtschaft steckt in der längsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Aber die Krise ist beim durchschnittlichen österreichischen Haushalt noch nicht angekommen. Denn in den Krisenjahren seit 2020 hat zunächst der Staat mit hohen Transfers die real verfügbaren Einkommen pro Kopf stabilisiert. Und in der Teuerungskrise haben hohe Lohnabschlüsse diese Rolle übernommen, ohne dass die Arbeitslosigkeit signifikant gestiegen wäre. Auch die Ungleichheit hat kaum zugenommen. Gott sei Dank, muss man sagen. Der Realwert der verfügbaren Einkommen pro Kopf ist von 2019 bis 2024 um 2,6% gestiegen. Gleichzeitig ist die Wirtschaftsleistung – der Realwert des BIP pro Kopf – um 4,3% gefallen; eine Diskrepanz von gewaltigen 7 Prozentpunkten. Diese hat mächtige makroökonomische Konsequenzen.

Staat und Unternehmen haben also bisher die privaten Haushalte vor den Auswirkungen der Krise geschützt. Das kann aber nicht so weitergehen. Die staatlichen Maßnahmen haben zu einem **unhaltbaren Budgetdefizit** geführt, welches nun rückgeführt werden muss. **Die hohen Lohnsteigerungen haben die Lohnquote explodieren lassen:** von 62% im Jahr 2022 auf fast 70% im Prognosejahr 2026. Das heißt, von der erzielten Bruttowertschöpfung verbleiben statt vormals

38% nur mehr 30% in den Unternehmen – vor Abschreibungen wohlgermerkt und Zinsen. Das hat – wie im Lehrbuch! – zu einem massiven **Absturz bei den Investitionen** geführt, und zwar querbeet über alle Branchen. Weil bei uns die Löhne so viel stärker gestiegen sind als im Ausland, kommt in der Exportwirtschaft noch ein **Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit** dazu. Unser Export ist im Jahr 2024 um fast 5% pro Kopf gefallen, während der Welthandel preisbereinigt durchaus dynamisch wuchs. Die Wettbewerber haben uns abgehängt.

Vermutlich verstehen viele Konsument:innen, dass bei schrumpfendem BIP ihre Einkommen nicht nachhaltig wachsen können, und halten sich daher beim Konsum zurück. **Auch 2025 rechnen wir nicht mit einem Wachstum des realen Konsums pro Kopf. Und auch die Bruttoanlageinvestitionen und Exporte werden weiter schrumpfen. Das reale BIP pro Kopf wird um ½% zurückgehen.**

Das gute Bild bei den verfügbaren Einkommen ist nicht durch reale Wirtschaftsleistung abgesichert. Im Hintergrund schrumpft die reale Wertschöpfung der Industrie, das Herz unserer Volkswirtschaft, heuer noch einmal um 3%. Dass auch die Treibhausgasemissionen fallen, ist nur ein schwacher Trost. Und es reicht auch nicht einmal annähernd. Trotz Deindustrialisierung schwillt die Diskrepanz zum Emissionszielpfad im Jahr 2026 auf 25% an.

Es reicht nicht, auf Konjunkturbelebung durch "Deficit-Spending" in Deutschland zu hoffen. Das wird ab 2026 etwas helfen, rettet uns aber nicht. Kurzfristig schadet der deutsche Doppelwumms sogar unserer Konjunktur, weil er die Zinsen für 10-jährige Anleihen um rund 30 Basispunkte im ganzen Euro-Raum nach oben getrieben hat. Dies wird auch das Budget in Hinkunft belasten und den Schuldendienst der Bürger:innen in den kommenden Jahren erhöhen. Und die aktuell **enorme Unsicherheit** durch die erratische Politik der USA, dem wichtigsten Partnerland der europäischen Wirtschaft, tut uns in Summe in den nächsten Jahren auch nicht gut. Die neuen Autozölle werden uns schaden – wenn sie denn überhaupt kommen.

Wenn wir wieder nachhaltiges Wachstum in Österreich sehen wollen, braucht es daher massive Reformen, vor allem im Inland. **Reale Wirtschaftsleistung und Haushaltseinkommen müssen wieder in ein gesundes Gleichgewicht gebracht werden.** Die Sparanstrengungen im öffentlichen Sektor sind ein Teil davon. **Jetzt braucht es aber bei der Anpassung von Pensionen, Löhnen und Sozialleistungen ein Rendezvous mit der Realität.** Sie können nicht mit der Inflation oder sogar stärker steigen, wenn die reale Wirtschaftsleistung sinkt. Das würde den Wirtschaftsstandort zwangsläufig ruinieren. Das wussten die Architekten der Benya-Formel auch. Sie sieht ja vor, dass die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität bei der Lohnsetzung berücksichtigt wird. **Die gesamtwirtschaftliche Stundenproduktivität ist 2023 und 2024 um rund 2% gefallen, und sie wird 2025 weiter schrumpfen.** In der Industrie dürfte die Stundenproduktivität heuer um 1,0% fallen, nach einem kumulativen Rückgang von über 7% in den Jahren 2023 und 2024.

Wir müssen also unsere Kosten wieder in den Griff kriegen. Das gilt ganz besonders für die Energiekosten; das scheint politisch verstanden. Bei den Löhnen aber droht weiteres Ungemach. Die Inflation war allein von 2022 bis 2024 in Österreich kumuliert um 3 Prozentpunkte höher als im Euro-Raum; **im Jahr 2025 dürfte die heimische Inflation mit 2,7% schon wieder um 0,5 Prozentpunkte über jener im Euro-Raum liegen.** Bleibt Österreich bei seiner Indexierungslogik, wird die Wettbewerbsfähigkeit weiter fallen. Und wenn die Lohnquote weiter so hoch bleibt oder gar steigt, wie unsere Prognose vorhersagt, dann werden auch die Investitionen enttäuschen, schlicht, weil viele Investitionen im Ausland rentabler sind.

Es gibt also keine gute Alternative zu ambitionierten Reformen. Diese werden kurzfristig schmerzhaft sein. Die Budgetkonsolidierung ist nur ein Teil der Anpassung an die unschöne Realität. Es

geht auch um Löhne, Sozialleistungen und Pensionen. Es ist nicht schön, Korrekturbedarf annehmen zu müssen, aber ohne das Gleichgewicht zwischen Wirtschaftsleistung und Einkommen wiederherzustellen, wird die Rückkehr zu Wachstum schwierig. Je länger man im Potemkin'schen Dorf verharrt, umso schmerzhafter wird die Rückkehr in die Realität.

Das gilt auch für die Budgetpolitik. **2025 rechnen wir am WIFO mit einem staatlichen Budgetdefizit von 16,5 Mrd. € und 2026 mit 18 Mrd. €.** Das sind 3,3% bzw. 3,5% des BIP. Das 6,3-Mrd.-€-Sparpaket wirkt also. Andere Institutionen haben vor Veröffentlichung unserer Konjunkturzahlen höhere Defizitzahlen genannt. Dies liegt möglicherweise daran, dass uns neueste Zahlen zu den Länder- bzw. Gemeindefinanzen fehlen. Es könnte auch daran liegen, dass für die Defizitprognose nicht die Rücknahme des realen Wachstums (*nota bene*: um 0,9 Prozentpunkte) entscheidend ist, sondern das nominale Wachstum, welches wir nur um 0,3 Prozentpunkte gegenüber der Dezemberprognose zurücknehmen müssen. Die wieder deutlich höhere Inflation hilft dem Finanzminister.

All dies ändert nichts an der Tatsache, dass die Sanierung des Budgets eine zentrale Aufgabe der Bundesregierung sein muss. Allein der Zinsendienst verschlingt heuer 7,6 Mrd. €, 2026 dann 8,5 Mrd. €. **Ob mit oder ohne Defizitverfahren saniert wird, ist nach unserer Auffassung nicht entscheidend.** Wichtig ist, dass die Konsolidierung glaubwürdig angegangen wird. Der erste Schritt – 6,3 Mrd. € Konsolidierung im Jahr 2025 – ist gut und zunächst groß genug. Es wird aber wohl die ganze Legislaturperiode lang Sparmaßnahmen brauchen. Konjunkturbelebung durch "Deficit-Spending" wie in Deutschland wird in Österreich nicht gehen.

Aber: Die notwendigen Anpassungen können durch **effizienzorientierte Strukturreformen** deutlich erleichtert werden. Dazu habe ich schon vielerorts und häufig etwas gesagt. Wichtig ist, dass es nicht nur inkrementelles "Klein-Klein" gibt, sondern dass ein "Big-Push", ein Wumms, oder wie auch immer man sagen will, passiert. Die Lage ist so schlecht, dass es ein kraftvolles, glaubwürdiges Signal braucht, das die Stimmung erfolgreich dreht. Ohne Reformen mag zwar 2026 zaghafte Wachstum zurückkehren, das, wenn alles gut geht, bis 2029 die Pro-Kopf-Einkommen auf das Niveau von 2019 zurückführt. Das wäre dann genau die vorhin angesprochene "lost decade". Es wäre die falsche Strategie zuzuwarten und auf ein Wunder zu hoffen.

Genauso wichtig ist, dass **Strukturreformen** angegangen werden. Hier nur Stichworte zu den wichtigsten Themenfeldern: EU-Binnenmarkt für Energie, Digitales, finanzielle Dienstleistungen, Rüstungsgüter; schnellerer Ausbau der Erneuerbaren; effizienzorientierte Reform des Steuer- und Abgabensystems mit dem Ziel einer spürbaren Entlastung des Faktors Arbeit und der Verbesserung von Arbeitsanreizen; Verbesserungen in der Arbeitsmarktpolitik; Bürokratieabbau und Deregulierung; Handelsabkommen und vieles mehr. Im Regierungsabkommen steht viel Richtiges. Es braucht aber noch mehr, etwa auch im Tabuthema Pensionen.

Ich bin sicher, mein Kollege Holger Bonin hat weitere Themen auf seinem Zettel.

Zuvor aber noch zu Marcus Scheiblecker, der Ihnen erklärt, warum Österreich in den letzten beiden Jahren ein so viel schwächeres Wachstum aufwies als Deutschland.

Wien, am 27. März 2025

Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.